

## Thesenpapier: Zukunftsfähige Rekrutierung von Auszubildenden für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst

Im feuerwehrtechnischen Dienst ist es schwieriger geworden, ausreichend geeignetes Personal für den Dienst zu rekrutieren. Der Arbeitskreis Ausbildung der AGBF-Bund hat folgende These entwickelt, um die Situation in der Zukunft zu verändern:

### 1. Ausgangslage und Handlungsbedarf

- **Zunehmende Rekrutierungsschwierigkeiten:** Besonders größere Berufsfeuerwehren haben Schwierigkeiten, ausreichend qualifizierte Auszubildende zu gewinnen.
- **Angespannte Arbeitsmarktsituation:** Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich nicht entspannen.
- **Klassische Zugangswege reichen nicht mehr aus:** Der Bedarf kann durch traditionelle Rekrutierungswege (z.B. abgeschlossene Berufsausbildung) vielerorts nicht mehr gedeckt werden.

### 2. Neue Rekrutierungswege und Herausforderungen

- **Vielfalt an Einstiegsmodellen:** Modelle wie „112 Classic“, „112 Direkt“, „112 Direkt+“ und „112 Medic“ und andere bundesweite Modelle haben sich bewährt, reichen aber bei hohem Personalbedarf nicht mehr alleine aus.
- **Flexibilisierung der Zugangsvoraussetzungen:** Anerkennung von Bundeswehrzeiten, Rettungssanitäter-Tätigkeit sowie Abitur können die Bewerberbasis erweitern.
- **Abbrecherquote als Problem:** Insbesondere, wenn sportliche und soziale Kompetenzen erst während der Ausbildung nachgeholt werden, bleibt die Abbrecherquote hoch.

### 3. Rechtliche und strukturelle Aspekte

- **Notwendigkeit gesetzlicher Anpassungen:** Eine Öffnung der Zugangsvoraussetzungen erfordert in vielen Bundesländern Änderungen der Landesbeamtengesetze bzw. Laufbahnvoraussetzungen.
- **Differenzierung der Funktionen:** Es sollte geprüft werden, ob alle Funktionen im Einsatzdienst zwingend mit Beamten besetzt sein müssen oder ob auch Tarifbeschäftigte und Spezialisten (z.B. Maschinisten, Rettungsdienst) eingesetzt werden können.

- **Klare Definition von Anerkennungen:** Anerkennungen von Kompetenzen aus der Freiwilligen Feuerwehr oder dem THW als Zugangsvoraussetzung müssen eindeutig definiert werden.
- **Gefahr der Uneinheitlichkeit:** Ein zu weit gefasster Zugang kann die gegenseitige Anerkennung der Ausbildungen zwischen den Bundesländern gefährden.

#### **4. Empfehlungen für zukünftige Rekrutierungswege**

- **Vielfältige Zugänge schaffen:**
  - Neben klassischen Berufsausbildungen sollten auch Notfallsanitäter, Rettungssanitäter mit aktiver Erfahrung, Abiturienten (ggf. mit handwerklicher Einweisung), Bundeswehrangehörige und langjährig Ehrenamtliche Zugang erhalten.
- **Laufbahnrechtliche Ausbildung sicherstellen:**
  - Auch bei alternativen Zugängen muss die vollständige feuerwehrtechnische Ausbildung gemäß Landesvorgaben erfolgen.
- **Sportliche und soziale Eignung frühzeitig prüfen:**
  - Um Abbrecherquoten zu senken, sollten sportliche und soziale Kompetenzen möglichst vor oder zu Beginn der Ausbildung nachgewiesen werden.
- **Rechtliche Rahmenbedingungen anpassen:**
  - Die Landesbeamtengesetze und ggf. das Feuerwehrgesetz sollten auf den Prüfstand gestellt werden, um moderne und flexible Personalstrukturen zu ermöglichen.
- **Funktionen differenzieren:**
  - Nicht alle Aufgaben im Feuerwehrdienst müssen zwingend von Beamten wahrgenommen werden; eine Differenzierung nach Funktion und Qualifikation ist u.U. sinnvoll.

#### **5. Weiteres Vorgehen**

- **Weiterentwicklung der Einstellungsprüfung:** Die Einstellungsprüfung sollte weiterentwickelt und an die Anforderungen angepasst werden.
- **Mediale Ansprache stärken:** Die mediale Erreichbarkeit der Bewerbenden muss weiter verbessert werden.
- **Rechtliche und organisatorische Klärung:** Die Rahmenbedingungen für alternative Rekrutierungswege sind auf Bundes- und Landesebene zu klären.

#### **Fazit**

Eine zukunftsfähige Personalgewinnung für die Berufsfeuerwehren erfordert flexible, rechtssichere und kompetenzorientierte Rekrutierungswege. Die Anerkennung vielfältiger Lebens- und Ausbildungserfahrungen kann die Bewerbendenbasis erweitern, muss aber durch klare Qualitätsstandards und laufbahnrechtliche Ausbildung abgesichert werden.